

Staatssekretariat für Migration SEM
Quellenweg 6
Wabern

Bern, 23.03.2020

CORONA EPIDEMIE, PROBLEME DER ASYLSUCHENDEN UND LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Die COVID 19-Pandemie (Corona-Virus), die im Dezember in der Stadt Wuhan in China auftrat und sich innerhalb der kurzen Zeit von drei Monaten auf 146 Länder ausbreitete und kürzlich von der Weltgesundheitsorganisation als Pandemie angekündigt wurde, breitet sich auch in der Schweiz rasch aus. Leider sind wir, aufgrund des Mangels an angemessenen Massnahmen, von Tag zu Tag mit zunehmenden Todesfällen konfrontiert.

Wir werden unsere Kritik am bestehenden Staatssystem, welches uns das Recht genommen hat, in einer sicheren und gesunden Welt zu leben, hier nicht anbringen. Hingegen werden wir unsere Erkenntnisse und Vorschläge mit der Öffentlichkeit und den Regierungsbehörden teilen, um den Lebensraum der Asylsuchenden zu verbessern, die in den Schweizer Asylunterkünften trotz der COVID 19-Pandemie leben müssen. Diese Erkenntnisse und Vorschläge beziehen sich auf den Schutz der Rechte der Asylsuchenden, ebenso aber auch auf die Gesundheit der Öffentlichkeit.

Nach offiziellen Angaben des Bundes leben derzeit mehrere Zehntausend Menschen in den Bundesasylunterkünften und kantonalen Asylunterkünften. Wie wir wissen, sind Unterkünfte für Asylbewerber geschlossene Bereiche, in denen der persönliche Raum und die Hygiene am kaum eingehalten werden können. Somit sind Unterkünfte mit dichter und mobiler Bevölkerung sehr geeignete Orte für die rasche Ausbreitung von Epidemien.

An diesen Orten, an denen es wenig Belüftung, Hygiene und Sauberkeit gibt, ist ein gemeinsames Leben eine Notwendigkeit, und die BewohnerInnen haben keine anderen Ausweichmöglichkeiten. Die Gesundheit einzelner Asylbewerber hängt somit vom Verhalten anderer Asylbewerber stark ab.

Wie in der UN-Flüchtlingscharta angegeben, hat jeder Flüchtling das Recht, die gleiche Gesundheitsversorgung wie die eigenen Bürger des Landes zu erhalten, in dem er Asyl beantragt. Dies schliesst Gesundheitsmassnahmen und -dienstleistungen ein, die in Fällen wie Epidemien zu ergreifen sind.

Wir, die unterzeichnenden Institutionen, Organisationen und Parteien fordern die sofortige Umsetzung von Massnahmen und Praktiken des Gesundheitsschutzes für Asylsuchende

damit noch grössere Verluste vermieden werden, die in Zukunft nicht mehr behoben werden können.

Erkenntnisse:

Alle Erkenntnisse wurden durch Gespräche mit Asylsuchenden gewonnen. Bei den Gesprächen wurde darauf geachtet, diese mit Asylsuchenden aus unterschiedlichen Unterkünften zu führen. Die Zusammenführung wurde durch bestehende, gleiche Probleme durchgeführt. Wir wissen auch, dass die bestehenden Probleme grösser sind, als die hier aufgeführten. Nachfolgend beziehen wir uns nur auf die dringendsten Probleme.

1. Durch die Covid 19 Pandemie wurden viele Befragungen und Anhörungen wegen Personalmangel abgesagt. So ergibt sich die Situation, dass in den Bundesasylunterkünften, mehr Menschen leben, als überhaupt Kapazität besteht.
2. Die stattgefundenen Anhörungen wurden teilweise ohne Beisein der Rechtsvertretung durchgeführt. Der mit dem neuen Gesetz garantierte Rechtsschutz kann somit nicht gewährleistet werden.
3. In den Unterkünften, die nicht für infektiöse Epidemien ausgelegt sind, sind gemeinsame Lebensräume weit davon entfernt, grosse Umgebungen zu schaffen, die für epidemische Massnahmen geeignet sind. In einigen Unterkünften müssen manchmal 200 Bewohner gleichzeitig in dem selben Raum essen. Diese Situation verhindert die Anwendung der Regel von mindestens zwei Metern Abstand.
4. Obwohl in einigen Unterkünften Quarantänräume eingerichtet wurden, sind diese unzureichend und entsprechen nicht den Quarantänepespezifikationen.
5. Die Zimmer sind überfüllt und einige Unterkünfte bieten Platz für 8 Personen in jedem Zimmer. Da die Bedingungen für die persönliche Hygiene nicht gegeben sind, besteht jederzeit die Gefahr, dass sich Menschen gegenseitig infizieren.
6. Es wurde berichtet, dass es ernsthafte Probleme beim Zugang der BewohnerInnen zu den Reinigungsmitteln gibt.
7. Toiletten und Badezimmer in den Lagern werden gemeinsam genutzt, die Reinigung und Hygiene dieser Räume ist den BewohnerInnen überlassen. Die zuständigen MitarbeiterInnen überprüfen nicht die Reinigung der Anlagen. Es gibt sprachliche Barrieren, die dazu führen, dass es Kommunikationsschwierigkeiten gibt und es besteht keine Organisation.
8. Da die Verwaltungen die Massnahmen zur Bekämpfung der Epidemien nicht in der Sprache der BewohnerInnen erklären, treten ernsthafte Bedenken auf und es kommt zu psychischen Traumata.
9. In solchen chaotischen Momenten sind Asylunterkünfte für Frauen und Kinder besonders nachteilig. Der Raum für psychische, wirtschaftliche und physische Gewalt ist mehr denn je gegeben. Frauen erfahren während dieser Problemphase häufig Gewalt.
10. Damit eine gewisse Distanz zwischen den Mitarbeitenden und den Bewohnern der Asylunterkünfte geleistet werden kann, werden die Unterlagen durch Gittertüren hineingeworfen. Da die Asylsuchenden auch keine Mitteilung zu dieser Situation erhalten, fühlen sie sich schlecht und wertlos.
11. Mancherorts gibt es ernstzunehmende Schwierigkeiten in Bezug auf die Möglichkeit an der frischen Luft zu sein.
12. Die Kühlschränke sind nicht ausreichend. In manchen Unterkünften nutzen 8 Personen einen Kühlschrank.
13. Da die Unterkünfte überfüllt sind, gibt es schwerwiegende Mängel in Bezug auf die Ernährungsbedingungen und die Hygiene. Mancherorts müssen 15 Personen eine Küche nutzen.
14. Weil so viele Menschen in den Unterkünften leben, müssen sich alle strikt an die Hygieneregeln halten. Die Gesundheit des Einzelnen ist stark abhängig vom Verhalten der anderen.
15. Die wöchentlichen Gelder sind unzureichend, da in dieser ausserordentlichen Phase, ausserordentliche Ausgaben getätigt werden müssen.

16. Personen in den kantonalen Unterkünften können bei Grippe-Symptomen Ärzte nicht mehr aufsuchen, um ein ärztliches Rezept zu holen. Die Medikamente müssen daher aus dem eigenen Budget bezahlt werden.
17. Die Menschen in den Unterkünften haben nicht einmal ein Fiebermessgerät zur Verfügung. Auch gibt es keine Medikamente auf Reserve.
18. In den Unterkünften leben noch immer ältere Menschen mit chronischen Krankheiten und Personen mit Vorerkrankungen. Die getroffenen Massnahmen für diese Personen sind unzureichend.
19. Personen, die einen Negativentscheid erhalten haben, können in dieser ausserordentlichen Situation keine Anwälte, Dolmetscher oder das Gericht erreichen. Momentan möchten die Anwaltskanzleien keinen direkten Kontakt. Diese Situation führt dazu, dass Rechte verloren gehen. Es besteht ein Risiko, dass die Fristen nicht eingehalten werden können.

Vorschläge:

1. In dieser Phase, in der es ernsthafte Probleme beim Zugang zu Anwälten, Übersetzern und Informationen gibt, empfehlen wir, alle Termine und Gespräche auszusetzen. Auf diese Weise wird die Gesundheit von Asylsuchenden, Beamten, Anwälten und Dolmetschern sowie kein Verlust von Rechten garantiert.
2. Wir schlagen vor, dass alle Fristen, die durch diese ausserordentliche Situation entstehen, auszusetzen sind, sofern sie die Rechte der Asylsuchenden einschränken.
3. In allen Asylunterkünften sollten den Frauen und Kindern, die diese Probleme haben, Informationen in Bezug auf Hilfestellungen erteilt werden. Hinzu kommt, dass wir vorschlagen, Frauen und Jugendliche, sobald sie Probleme haben, an Organisationen vermittelt werden, die helfen können. Wir sind überzeugt, dass dies Gewalt gegen Frauen und Kinder einschränken wird.
4. Wie wir wissen, wurden noch keine Medikamente gegen die Covid19-Pandemie gefunden. Die Vorsichtsmassnahmen, die bisher getroffen worden sind, beziehen sich auf die Nichtverbreitung der Pandemie. Die wichtigste Massnahme zur Verhinderung der Ausbreitung des SarsCov2-Virus ist, dass Menschen nicht gehäuft zusammen kommen. Es ist aber deutlich, dass Menschen in überfüllten Räumlichkeiten leben müssen, wenn sie Asyl beantragen. Damit diese gefährliche Situation aufgehoben wird, müssen die BewohnerInnen in kleinen Gruppen in Wohnungen untergebracht werden. Wir sind überzeugt, dass auf diese Weise die Übertragung der Epidemie eingedämmt und das auch das arbeitende Personal geschützt wird.
5. Wenn die Unterkünfte nicht den Bestimmungen des BAG entsprechen, müssen diese geschlossen werden und die Bewohner müssen in Wohnungen verteilt werden.
6. Weiter schlagen wir vor, dass Personen, die als Risikogruppe betrachtet werden, also Personen mit chronischen Krankheiten oder ältere Personen mit schwachem Immunsystem, sofort aus den Unterkünften evakuiert werden und in Wohnungen untergebracht werden müssen.
7. Familien mit Kindern müssen, um des Kindes Wohl willen, in Wohnungen unterbracht werden.
8. Die Organisation eines kollektiven Verhaltens zur Verhinderung und Verlangsamung des Ausbruchs ist äusserst wichtig. Die Tatsache, dass Menschen, die die gemeinsame Sprache sprechen, an diesem Orten im Einsatz sind, wird dieses kollektive Verständnis weiterentwickeln. Hinzu kommt, dass diese Situation für die Bewohner auch eine psychische Entlastung bedeuten würde. Wir empfehlen, dass diese Situation umgesetzt wird.
9. Bei der Übermittlung von Informationen ist es auch sehr wichtig, dass diese auf verständliche Weise erklärt werden. Wir schlagen vor, dass die Informationen auf eine Weise übermittelt werden, die für alle verständlich ist.
10. Wir schlagen vor, dass Hygieneartikel ausreichend und regelmässiger verteilt werden.
11. Weiter schlagen wir vor, dass bei der Reinigung der gemeinschaftlich genutzten Räume mehr Informationen und strikte Kontrollen durchgeführt werden. Die Leitung

muss einen Weg finden, wie man Menschen informieren kann, die unterschiedliche Sprachen sprechen.

12. Damit die BewohnerInnen in dieser Situation sich besser ernähren und ihre persönliche Hygiene einhalten können, sollten hierfür Gelder zur Verfügung gestellt werden.
13. Wir schlagen vor, dass die Unterschriftspflicht aufgehoben wird.
14. Wir schlagen vor, dass so weit wie möglich von Regeln abgesehen wird, die zu viele Menschen zusammenbringen (die Unterschriftspflicht an einem Tag, die Pflicht zusammen essen zu müssen, die wöchentliche Ausgabe von Geldern, mit Unterschriftspflicht und gemeinsame Informationsübermittlung usw.).
15. Die Asylsuchenden sollten die Möglichkeit haben ohne Rezeptpflicht an Grippe-Symptom lindernde Medikamente zu kommen. Zudem sollten Familien in allen Asylunterkünften mit Fiebermessgeräten ausgestattet werden.

Als Letztes: Vergessen wir nicht, dass dies eine "Pandemie" ist und wir diese Situation mit sozialer Solidarität überwinden können.

Es lebe die internationale Solidarität, es leben die Menschenrechte.

Unterschreibende Institutionen, Organisationen und Parteien:

CDK-S Dachorganisation der kurdischen Vereine Schweiz

YJK-S Union der Kurdischen Frauen Schweiz

ROSARA FRAUENZENTRUM

Tamara Funciello, Nationalrätin, Vizepräsidentin SP Schweiz

Tove Soiland, Historikerin und feministische Philosophin

BFS – Bewegung für Sozialismus Zürich

BFS – Bewegung für Sozialismus Jugend, Zürich

Juli Wartmann, Journalistin

Silke Treusch, MLGS

Daf Connection Basel

IHD - Menschenrechtsverein Vertretung in der Schweiz

Migrant-Solidarity-Network

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van

Zürich-Amed Brückenschlag

Rojava Komitee Zürich

1. Mai Komitee Zürich

KKP – Kommunistische Partei Kurdistans

Devrimci parti – Revolutionäre Partei

(SKB) Sozialistische Frauenunion

Mor Kizil Kollektif – Kollektiv Lila Rot

Mardef – Föderation der Vereine aus Maraş

Devrimci Cephe

ITIF – Föderation der Arbeiter aus der Türkei, Schweiz

IGIF – Föderation der Arbeiter der immigrierten Arbeiter aus der Schweiz

ESU – Förderaton der assyrischen Vereine

PYD – Partei der Demokratischen Union

Feda – Föderation der Aleviten, Schweiz

ATIK - Komitee der Arbeiter aus der Türkei in Europa

SYKP Schweiz – Partei der Sozialistischen Wiedergründung, Schweiz

IDHF – Föderation der demokratischen Völker Schweiz

Revolutionäres queer-feministisches Bündnis Basel

IHDD – Verein für Menschenrechte und Solidarität in der Schweiz

PDA - Partei der Arbeit der Schweiz

BastA! – Basels starke Alternative